

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



„O, du fröhliche Weihnachtszeit!“

Ungeheure Ausbeutung der weiblichen Angestellten in den Warenhäusern

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Weihnachtszeit wird das System für die Angestellten in den Warenhäusern bis zur Unerschwinglichkeit gesteigert. In erdrückender Menge drängen sich die Menschen in diesen Läden in den Kaufhäusern, um einige billige Kleinigkeiten zu erwerben, mit denen sie ihren Kindern eine Freude bereiten wollen. Die Angestellten gehen mit leerem Magen hin und her und haben nicht eine Minute Zeit, einmal zu verschaukeln.

In dem Warenhaus J. Fargou und Söhne in Dresden, war es in den letzten drei Wochen eingeführt worden, daß die Verkäuferinnen schon morgens 6.45 Uhr mit ihrer Arbeit begannen. Die jüngsten, die Kassenträgerinnen, die die gefassten Waren von den einzelnen Abteilungen an die Ausgabeflächen bringen, hatten kaum Zeit zum Essen. An den Sonntagen gab es für die Jugendlichen keine Pausen. Von mittags 12 bis um 18 Uhr mußte durchgearbeitet werden.

Die Löhne für diese jungen Angestellten sind außerordentlich gering. Der Lohnanteil einer Kassenträgerin vom 16. Dezember 1932 weist folgende Beträge auf:

8 Tage	5.85 Mark
13 Ueberstunden	2.70 Mark
	11.45 Mark
Darvon gehen Abzüge ab: 4.02 Mark	
Kassenzahlung wurden:	7.43 Mark

Die überhöhen Abzüge werden damit begründet, daß in der vorangegangenen Zeit infolge eines Verfehlers zu wenig einbehalten worden sei. Das müßte jetzt — ausgerechnet vor Weihnachten — wieder abgezogen werden. Auf dem angeführten Lohnanteil ist dafür der Betrag von 1.02 Mark angegeben.

Während des Weihnachtsfestes war den Angestellten als „besondere Vergünstigung“ je 3 Töpfe Kaffee und zwei Stück Kuchen gegeben worden. Aber was nützt das den Kassenträgerinnen, wenn sie infolge der hohen Abzüge trotz Sonntagsarbeit und Ueberstunden nicht mehr ausgehört erhalten, als zu anderen Zeiten.

Trotz der traurigen Verhältnisse, unter denen die Angestellten leben und arbeiten müssen, ist es eine Tatsache, daß es in ihren Reihen noch eine ganze Anzahl gibt, die sich selbst heute noch von der Kapitalmagie beeinflussen lassen. Ihnen gilt es

klar zu machen, daß es im kapitalistischen Staat keine „Volksgemeinschaft“ zwischen Ausbeutern und Unterdrückten geben kann. Nur im Kampf können Lohnsteigerungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erkämpft werden. Auch die weiblichen Angestellten müssen sich in die Kampffront einreihen.

Die verhärteten Kampfverhältnisse sind besonders im Dresdener Einzelhandel notwendig, wo die Angestellten im Zerstückelungskampf stehen und die Hungerlöhne ab 1. Januar 1933 erneut abgebaut werden sollen. Kein Flehnig Schallens! Jeder solche Versuch wird mit dem Streik beantwortet! Das muß die Lösung der Dresdener Einzelhandelsangestellten sein.

Lohnabbau-Gchiedspruch im Kohlenbergbau

Freie Vereinbarung über den Manteltarif. Organisiert den Abwehrkampf!

Für den sächsischen Steinkohlenbergbau fanden am 21. Dezember vor dem Reichsarbeitsminister in Leipzig Verhandlungen statt. Die Vorkräte schlossen mit den Unternehmern über die Neuverteilung des Kohlenmanteltarifs eine freie Vereinbarung ab. Zur Frage des Ferienlohnes wurde ein Schiedspruch gefällt, nach welchem künftig nur noch 75 Prozent des Urlaubsgeldes gezahlt werden. Die Geltungsdauer läuft bis 31. Dezember.

Ueber die Verschlechterungen des Kohlenmanteltarifs durch die freie Vereinbarung bemerken die Vorkräte des Bergbauindustriellenverbandes und die Unternehmer Stillstehendes. Der Schiedspruch über den Abbau des Urlaubsgeldes wurde durch die freien Vereinbarungen zu Mitte dieses Jahres direkt vorbereitet. Im Juli wurde für das Zwickauer Revier und früher schon für das Oelsinger Revier zwischen den Unternehmern und der Verbandsvorkräte

eine freie Vereinbarung abgeschlossen, die rückwirkend das Urlaubsgeld um 10,5 Prozent abbaut.

Jetzt soll es um 25 Prozent gekürzt werden. Schon der vereinbarte Abbau bedeutete für einen Vorkräter mit vollem Urlaubsanspruch eine Lohnkürzung von 12 Mark.

Die Kohlenbarone glauben, sie könnten die überfüllten Kohlenbänke als ein Druckmittel benutzen, um neue Verschlechterungen zu erzwingen. Ein Streik im Kohlenbergbau wird aber in

Roter Betriebsrat gemahregelt

GA-Betriebsrat hält die Kaffeezerede.

Vor dem Arbeitsgericht in Hamburg fand vier Tage der rote Eisenbahnbetriebsrat von der Eisenbahnwerkstätte Chloßow, der gemahregelt wurde, weil er zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seine Zustimmung verweigert hatte. Der Reichsbahnverwalter hatte den sozialdemokratischen Betriebsrat Stammlinger mitgebracht, der die Kaffeezerede gegen Ziele hielt, so daß der Reichsbahnverwalter nur folgende Worte zu sagen brauchte: „Ich beantrage, antragsgemäß zu entscheiden.“

Das Arbeitsgericht bestätigte die feilsche Entlassung des roten Betriebsrates.

Für alle Arbeiter heißt es, dafür zu sorgen, daß bei den kommenden Betriebsratwahlen nur solche Kollegen gewählt werden, die im Kampf gegen Lohnabbau und Verschlechterungen für die Interessen ihrer Kollegen eintreten.

der seigen gespannten Situation für die Unternehmer zu einer unerträglichen Belastung. Der Kampf um die vollständige Abgabe von Kohlen, an die Erwerbslosen ist aber trotzdem eine notwendige Unterstützung des zu erwartenden Kampfes im Bergbau.

Die sächsischen Steinkohlenbergarbeiter müssen sofort zu der Vereinbarung und dem Schiedspruch Stellung nehmen. Die von den Vorkräten abgeschlossene Vereinbarung kann für sie nicht bindend sein. Jede Verschlechterung der tariflichen Bestimmungen und insbesondere der Abbau des Urlaubsgeldes muß mit der Aufnahme des Kampfes beantwortet werden. Darum gilt es auf den Gruben zu rufen.

Die Gewerkschaftsvorkräte, die freie Vereinbarungen abschließen und dann nach der Verbindlichkeitsklärung behaupten, es könne kein Streik mehr geführt werden, unternehmen nicht das geringste, um die Arbeiterkraft zu mobilisieren.

Die Belegschaften müssen deshalb, geküßt auf ihre eigene Kraft auf der Grundlage der betrieblichen Einheitsfront den Kampf organisieren. Nur so können die neuen ungeheuerlichen Kurläge der Kohlenbarone abgewehrt werden.

Ausbeutung der Angestelltennot

(Arbeiterkorrespondenz)

In Chemnitz macht sich da eine neue bürgerliche Sportzettelung auf, die sich großartig DSG (Deutsche Sport-Zeitung) nennt. Zur Zeitung braucht man Abonnenten. Woher nehmen? Der Herausgeber, ein Herr Max Krämer, Chemnitz, Zietenstraße 60, hat eine geniale Idee. Gibt es nicht genug „kauternde Angestellte“, die sich auf „Staatskosten durchfüttern“ lassen? Nun denkt er, denen will ich schon „helfen“, die sollen mir meine Zeitung schon hochbringen. Also, wendet er sich an die Arbeitgeber der einzelnen Städte. Da er aber weiß, daß gegen Provision meistens nicht vermittelt wird, bietet er „letzte Vergütung“, weiß er doch, daß dann eine Ablehnung den Unterhaltungsstab nach sich zieht.

Was aber bietet er den sich Reibenden? Eine „letzte monatliche laufende Vergütung“. Das heißt so aus:

Je nach der Anzahl der gemerkten Abonnenten werden 15 bis 30 Prozent monatlich ausgezahlt

Also doch Provision, die sich dadurch in „letzte Vergütung“ verwandelt, daß er dieselbe nicht sofort, wie üblich, auszahlt, sondern die Auszahlung bis auf ein ganzes Jahr ausdehnt! Höher geht die Ausbeutung wohl nicht mehr.

Diesen Spinnweben der Roten der Angestellten kann nur das Gewerkschaftsnetz geplatzt werden, wenn auch die Angestellten ihre Tage erkennen und sich in die kämpfende Front des Betriebsrates einreihen.

Bürokraten für Lohnabbau-Gchiedspruch

Branchenversammlung der Dresdener Maßschneider. Verküsst die Mobilisierung gegen den Lohnabbau der WDB-Führer. Steigert die innergewerkschaftliche Arbeit!

In der vor einigen Tagen stattgefundenen Branchenversammlung der Maßschneider im Felleibungsarbeiterverband Dresden, gab Schmidt Bericht von den stattgefundenen Lohnverhandlungen. Neben dem Lohnabbau, forderten bekanntlich die Unternehmer eine Reihe ungeheurer Forderungen, welche die Lebenslage der Schneider noch weiter verschlechtern soll.

Die vor einigen Tagen stattgefundenen Sitzung des Betriebs in Leipzig hatte beschlossen, den Mitgliedern die Annahme solcher Schiedsprüche zu empfehlen. Die Abstimmung hierüber sollte in den einzelnen Filialen vorgenommen werden.

Aus Schmidts Ausführungen ging hervor, daß doch die Kollegen die Schiedsprüche annehmen sollten. Eine lebhafte Debatte setzte sich nach der Rede von Schmidt ein, in welcher auch einige Kollegen der Opposition sprachen. Die oppositionellen Kollegen appellierten an alle Mitglieder, die Schiedsprüche abzulehnen, da bei Annahme der Schiedsprüche nach kurzer Zeit die Unternehmer neue Abbauforderungen stellen würden.

Trotzdem gelang es Schmidt mit seiner unerhörten Heke gegen die Opposition sich eine Mehrheit für beide Verhandlungsergebnisse zu erzielen. Die Abstimmung über den neuen Reichsmanteltarif ergab bei 100 Anwesenden, daß 100 Kollegen mit ja, und 13 mit nein, also gegen die Annahme stimmten.

Bei der Abstimmung über die zentralen Lohnverhandlungen beteiligten sich nur knapp die Hälfte, und zwar wurden 50 mit ja und 14 dagegen gewählt. Den Kollegen Maßschneider muß aber gesagt werden: Durch die Annahme der Schiedsprüche wird eure Lebenslage weiter verschlechtert, werden die Unternehmer nicht ruhen, neue Forderungen zu machen, die letzten Rechte der Maßschneider zu beseitigen. Vor den Kollegen der Opposition steht daher die Aufgabe, unermüdet alle Kollegen aufzuklären, um sie davon zu überzeugen, daß nur auf dem Wege des Kampfes die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geändert werden können.

Sinnfolobaten

Schäuferei bei Hungerlöhnen

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei der Firma Walter Geilker GmbH, Dresden, findet für Kassenträgerinnen, werden die Sinnfolobaten hergestellt, die Jagatzenpadungen beigelegt werden. Sie werden gegossen und dann mit der Hand bemalt. Mit dieser Arbeit, die im Effort durchgeföhrt wird, sind ungefähr 30 Arbeiterinnen beschäftigt. Die Löhne sind so niedrig, daß die Arbeiterinnen trotz der größten Anstrengungen nicht einmal den Tariflöhnen verdienen. Der Lohnanteil einer Kollegin sah in der letzten Woche zum Beispiel so aus:

37 1/2 Stunden (Effort)	9.45 Mark
Abzüge	1.05 Mark
	8.40 Mark

Darvon ging noch ein Mark ab als sogenanntes „Vinselgeld“, weil die Arbeiterinnen von ihrem fargen Verdienst, auch noch die Vinsel, die sie verbrauchen, bezahlen müssen.

Die betreffende Arbeiterin erhielt also acht Tage vor Weihnachten gerade 7.40 Mark ausgezahlt.

Die in der Abteilung Malerei beschäftigten Arbeiterinnen haben vor einiger Zeit schon einmal eine Erklärung unterschrieben, daß sie nicht länger gemüßt sind, für den Hungerlohn zu schuften. Der Unternehmer hat darauf ein Angebot gemacht. Doch die mit dem sozialdemokratischen Betriebsrat verbundene Erklärung der Arbeiterin reicht noch bei weitem nicht

aus. Auch jetzt noch kommen die Arbeiterinnen nicht auf ihren Lohn.

Der Unternehmer erklärt, er könne keine höheren Löhne zahlen, weil die Firma, die den Auftrag gegeben hat, so wenig dafür bezahlt. Er habe schon einmal den gesamten Auftrag wieder zurückgegeben. Der Unternehmer redet wie ein Kazi und ist beschwipst die Arbeiterinnen, weil sie den rechtmäßigen Lohn fordern.

Die Belegschaft muß erkennen, daß sie nur im Kampf ausreichende Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen erzwingt. Denkt daran, daß schon eure Unterzeichnungsammlung ihm einen Schreck eingejagt und ihn veranlaßt hat, eure Hungerlöhne etwas aufzubessern. Schließt euch deshalb zur roten Einheitsfront zusammen und organisiert den Kampf. Bei der kommenden Betriebsratswahl müßt ihr dafür sorgen, daß eine Vertretung gewählt wird, die euer Vertrauen besitzt und die sich für eure Forderungen einsetzt. Stellt eine Einheitsliste auf, die nur solche Namen von Kolleginnen und Kollegen aufweist, die sich verpflichten, für die Durchführung eines Kampfprogrammes Sorge zu tragen.

Neue Streiks gegen Lohnabbau

Massenentlassungen um die Gegenwehr der Arbeiter zu brechen. Durchkreuzt jedes Manöver der Unternehmer!

In Dulsburg sind am 19. Dezember die Arbeiter der Kaufmann Eigmann-Kenowitsch sowie Honno gegen Lohnabbau in den Streik getreten. Es handelt sich um einen Auftrag für die Zimmerleute von 93 auf 60 Pfennig, für die Maurer von 90 auf 80 Pfennig und für die Hilfsarbeiter von 75 auf 60 Pfennig. In der Belegschaftsversammlung wurde der Streik einstimmig beschlossen. So wurde eine Streikleitung, in der Vertreter aller Richtungen sind, gewählt.

In Gemellingen b. Stenzen ist die Belegschaft der Metallgießerei Klenke in den Streik gegen Lohnabbau getreten.

Der Holzverarbeiter für die Gladbach-Kleberer Textilindustrie läuft Ende Januar 1933 ab. Die Unternehmer, die bereits die verschiedensten Methoden des Lohnabbaus anwandten, bereiten eine neue umfassende Offensive im gesamten Tarifgebiet vor, um ihre Forderungen bis zum Ablauf des Tarifvertrag durchzusetzen.

Ein raffiniertes Lohnraubmanöver führt jetzt die Direktion der Kammergarnspinnerei in Düsseldorf, ein Schieferunternehmer der gleichen Firma in Gladbach-Kleberer, durch. Sie kündigen der Belegschaft und ließ durch den Betriebsrat bekanntgeben, daß nach Ablauf der Kündigungsfrist nur ein Stundenlohn gegeben, der bisherigen Belegschaft weiter bezahlt werden könne. Ein anderer Teil solle „nach Möglichkeit“ dem Schieferverleger in Gladbach-Kleberer überlassen werden. Gleichzeitig ließ die Firma erklären, daß die Rentabilität des Betriebes durch die seigen Löhnen („Löhne“) auf überhöht gefährdet sei, so daß große Einsparungen durchgeföhrt werden müßten. Nach Ablauf der Kündigungsfrist sollen die Belegschaftsmitglieder vor die Alternative gestellt werden, entweder zu noch niedrigeren Löhnen zu arbeiten oder kempeln zu gehen. So wollen sie den Widerstand gegen den neuen Lohnabbau brechen.

Die württembergischen Holzindustrieunternehmen wollen die Hungerlöhne der Arbeiter nochmals um 14 Pfennig pro Stunde herabsetzen. Um den Widerstand zu brechen, nehmen sie jetzt Massenentlassungen vor. Die Firma May in Lamsen mit 240 Arbeitern und andere Firmen haben Entlassungsentscheidungen gefällt, die Arbeitskräfte heute in Wendlingen bei Heilbronn

Arbeiter entlassen, die Firma Koller in Schramberg 100 Mann. Bei der Firma Wehr in Wendlingen ist es der Firma mit Hilfe des sozialdemokratischen Zahlstellenleiters des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Kubing, gelungen, einen Lohnabbau durchzuführen. Der Unternehmer verlangte zunächst eine ganzwertige Senkung der Tariflöhne. In drei Betriebsversammlungen wurde diese Forderung einstimmig zurückgewiesen. Darauf drohte die Firma mit Entlassungen und Betriebsübernahme. Der reformistische Verbandsvorkräte unterbreitete auf diese Drohung hin der Belegschaft den Vorschlag, um die Tariflöhne zu retten, sollen die Arbeiter wöchentlich vier Stunden ohne Bezahlung der Stunden arbeiten. Mit diesem erdrückenden Tritt gelang es dem Unternehmer, die Zustimmung und Beteiligung in die Arbeiterchaft hineinzutragen und verhalf damit der Ausbeuterfirma zur Durchführung des schändlichen Lohnabbau.

Die württembergischen Bauunternehmer haben den Lohnabbau zum 31. Dezember gekündigt. Sie wollen einen neuen Lohnabbau durchföhren.

Mit den verabschiedeten Maßnahmen gegen die Arbeiterinnen an. Rücksichtlos nehmen sie Massenentlassungen vor, wenn sie glauben, damit die Gegenwehr der Arbeiter zu brechen zu können. So gilt, daß durch kein Manöver können sie Löhne zu lassen und jedes Manöver zu durchkreuzen.

Bei der Durchföhren der Lohnraubmanöver sollen sich die Arbeiterinnen auf die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Belegschaftsleiter und auch immer mehr auf die reformistischen und nationalsozialistischen Betriebsräte verlassen. Darum ist es notwendig, bei der Beschaffung der Betriebsräte in jedem Betrieb stets darauf zu achten, daß die Arbeiterinnen, welche die Interessen der Arbeiter vertreten, die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten. In allen Betrieben sollen die Arbeiterinnen aufgestellt werden, deren Kampfgeist so stark ist, daß die Durchföhren eines solchen Lohnraubmanövers eine unüberwindliche Kampfprogramm-Gebirge zu tragen. Alle Betriebsräte sollen den Kampfgeist haben.